

Enttäuscht

Die Wahlen vom 20. Oktober haben einige Überraschungen gebracht. Die grossen bürgerlichen Parteien FDP und CVP mussten erhebliche Verluste in Kauf nehmen, während bei den linken Parteien leichte Fortschritte bis Stagnation festzustellen waren. Zwei Ereignisse geben mir als Gewerkschafter sehr zu denken: die Gewinne der Parteien, die rechtsausen angesiedelt sind, und der nochmalige Rückgang der Stimmbeteiligung. In Anbetracht der wirtschaftlichen Baisse und des Verlustes vieler Arbeitsplätze sowie der Vielzahl von Arbeitslosen hatte ich zumindest erwartet, dass Gewerkschaften und Linksparteien Zuwachs erhalten. Nun, die Arbeitnehmerschaft hat anders entschieden und sucht zum Teil ihre Unterstützung für die nächsten vier Jahre bei radikalen Rechtsgruppierungen.

Wieso diese Unzufriedenheit mit den Bundesratsparteien? Die Überfremdung und das Auto scheinen vielen Schweizerinnen und Schweizern die wichtigsten Sachen zu sein. Sozialpolitik, sprich Mietzinse, Krankenversicherung, AHV und die Umwelt, wie dies alle Linksparteien in ihrem Programm manifestierten, konnten die Wähler nicht mobilisieren. Ich bin masslos enttäuscht, dass sich gewerkschaftliches und sozialdemokratisches Gedankengut nicht durchzusetzen vermochte.

Das Ziel wurde also verfehlt. Es muss über die Bücher gegangen werden. Auch in den Reihen der SP und der Gewerkschaften müssen Analysen angestellt werden, und den Gründen nach der politischen Abstinenz vieler Lohnempfänger muss nachgegangen werden.

Eine Feststellung erlaube ich mir heute schon zu machen. Solange nicht eine absolut basisbezogene Parteipolitik gemacht wird, können auch die Linksparteien keine radikalen Umwälzungen auslösen. Die eidgenössischen Wahlen werden also einige Spuren hinterlassen, die vor allem die arbeitende Bevölkerung in den nächsten vier Jahren deutlich treffen werden. Die Lohnschere wird weiter geöffnet werden, und es werden noch mehr an das Existenzminimum hinausgedrückt.

Das Bundespersonal wird ebenfalls schwierigen Zeiten entgegenblicken, werden doch lohnpolitische und beamtenrechtliche Entscheide im neuen Parlament gefällt. Dies in einer Zeit, da die Regiebetriebe SBB und PIT in finanziellen Schwierigkeiten stecken und auch die Staatskasse Milliardendefizite prognostiziert. Nun, das grosse Jammern um den Teuerungsausgleich wird nur der Anfang sein und zeigt deutlich, wie in den nächsten Monaten der Ton der Arbeitgeber sein wird. Und wenn dann noch fragwürdige Erklärungen abgegeben werden, wie dies kürzlich Nationalbankpräsident Lusser getan hat, so meine ich, ist das Fass voll. Eingriffe in laufende Lohnverhandlungen sollten von dieser Stelle unterbleiben, denn sonst könnte die Sozialpartnerschaft ernsthaft gefährdet werden.

Die Gewerkschaften werden in den nächsten vier Jahren harte Arbeit verrichten müssen, damit die sozialen Ziele erreicht werden können. Die Arbeitnehmerschaft hat ein Gewicht, sie kann gemeinsam einiges erkämpfen. Mir bleibt ein Trost: Die nächsten Wahlen kommen bestimmt.

Josef Vonarburg.
PTT-Union, Sektion Olten-Post.

SoAZ, 8.11.1991.

Personen > Vonarburg Josef. Nationalratswahlen. SoAZ, 1991-11-08